



18.03.2022

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

seit drei Wochen herrscht Mitten in Europa Krieg. Der brutale Angriffskrieg von Waldimir Putin auf die Ukraine markiert eine Zeitenwende. Es ist Putins Krieg. Er trägt alleinig die Verantwortung für diese humanitäre Katastrophe und den Völkerrechtsbruch. Für uns im Bundestag und für die Bundesregierung sind der Krieg in der Ukraine und seine Folgen die wichtigste Angelegenheit. Wir stehen fest an der Seite unserer ukrainischen Freundinnen und Freunde.

Bereits in der Sondersitzung des Bundestags vor drei Wochen hat Olaf Scholz erklärt wie Deutschland Verantwortung übernimmt: Wir stehen gemeinsam geeint mit unseren Partner der EU und der NATO und kämpfen gemeinsam für unsere demokratischen Werte. Wir unterstützen die Ukraine durch humanitäre Hilfe und durch die Lieferung von Defensivwaffen. Wir haben viele Sanktionen schnell beschlossen und umgesetzt, die auf das direkte Umfeld des Kremls abzielen und die russische Wirtschaft hart treffen. Ohne Wenn und Aber stehen wir zu unserer Beistandspflicht in der NATO. Viele weitere Länder, die an Russland grenzen sorgen sich zu Recht um ihre Sicherheit. Deshalb unterstützen wir die NATO vor Ort mit Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Und wir werden die Bundeswehr anständig ausrüsten. Mit dem Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro werden wir unseren solidarischen Beitrag zu unserem Verteidigungsbündnis leisten und dafür sorgen, dass wir unseren Verpflichtungen nachkommen. [\(Hier geht es zur Rede von Olaf Scholz\)](#)

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion wurde deutlich und erklärte: „Der Krieg in der Ukraine bedeutet das Scheitern aller diplomatischen Bemühungen.“ [\(Hier geht es zu seiner Rede\)](#) Russland hat sich in der Welt komplett isoliert. Auch innerhalb der Vereinten Nationen steht Putin nahezu alleine da. 141 von 193



Nationen haben den Krieg verurteilt und für eine Resolution zum sofortigen Truppenabzug Russlands gestimmt. Neben Russland stimmten lediglich Belarus, Nordkorea, Syrien und Eritrea gegen die Resolution.

Und auch in dieser Woche war dies das alles beherrschende Thema. Wir haben sehr würdevoll und respektvoll in zwei aktuellen Stunden über die Lage

der Ukraine und der geflüchteten Menschen, aber auch über die Folgen für die Ernährungs- und Versorgungssicherheit in Deutschland gesprochen. Gestern hat sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj in einer Videobotschaft im Bundestag an uns gewandt. [\(Hier geht es zu seiner Rede\)](#) Ich hätte mir sehr gewünscht, dass wir im Anschluss nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen wären. Da müssen wir sehr selbstkritisch sein und sagen: Das hätte mehr Würde und Respekt verdient gehabt.

Auch für uns vor Ort zeigen sich die Auswirkungen des Krieges. Viele geflüchtete Ukrainerinnen und Ukrainer sind bereits in Deutschland angekommen. Auch im Lahn-Dill-Kreis sind schon und werden in den nächsten Tagen viele Menschen ankommen. Vor Ort wurde die Kestnerschule schnell zu einem Ankunftscenter hergerichtet. In der kommenden Woche folgt die Turnhalle der August-Bebel-Schule, wo die geflüchteten Menschen aufgenommen und dann auf die Orte im Lahn-Dill-Kreis verteilt werden. Ich danke Wolfgang Schuster und Stephan Aurand sehr für ihren Einsatz und den Sportvereinen und der Schulgemeinschaft für ihre Solidarität! [\(Hier gibt es alle Informationen des Lahn-Dill-Kreises\)](#)

Ich bin Bundesinnenministerin Nancy Faeser dankbar dafür, dass sie alles in die Wege geleitet hat, um die geflüchteten Menschen schnellstmöglich bestmöglich zu betreuen und ihnen Sicherheit in einer der schwersten Zeiten zu geben. Ich danke generell allen, die mit Hilfsangeboten, mit dem Bereitstellen von Wohnungen, die ehrenamtlich oder hauptamtlich alles dafür tun, dass die Menschen aus der Ukraine eine sichere Zuflucht haben. [\(Hier gibt es Informationen und Hilfsangebote für Geflüchtete\)](#)

Der Krieg hat auch eine neue Dynamik in die Frage der Versorgungssicherheit in Deutschland gebracht. Durch die Sanktionen sind Spekulationen und mit Ihnen die Rohstoffpreise stark angestiegen. Deshalb haben wir in einem ersten Schritt reagiert und den Heizkostenzuschuss für alle Empfängerinnen und Empfänger von Wohngeld, Bafög, Aufstiegs-Bafög und Berufsausbildungsbeihilfe nochmals von 135€ auf 270€ für Alleinlebende verdoppelt. Zwei-Personen Haushalte erhalten 350€. Besonders betroffen von den steigenden Preisen sind Familien mit geringem Einkommen. Mit dem am Mittwoch im Kabinett beschlossenen Sofortzuschlag in Höhe von monatlich 20 Euro für von Armut betroffenen Kindern und der Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro für Menschen in der Grundsicherung, stärken wir mit ca. 800 Millionen Euro zielgenau die Menschen, die dringend finanzielle Unterstützung benötigen.

Die aktuellen Krisen erfüllen uns alle mit Sorge. Die daraus resultierenden Preissteigerungen sorgen vor allem bei denjenigen für Ängste, die schon bisher von der Pandemie betroffen waren oder nur ein geringes Einkommen haben. Wir wollen Hoffnung und Zuversicht und eine klare Perspektive für die kommende Zeit geben. Deshalb haben wir ein erstes Entlastungspaket mit den eben beschriebenen Zuschüssen auf den Weg gebracht. Damit entlasten wir vor allem kleine und mittlere Einkommen aber auch die Wirtschaft durch den Wegfall der EEG-Umlage ab dem 01. Juli und der Erhöhung der Pendlerpauschale von 35 auf 38 Cent. Unser Maßstab für die kommende Zeit lautet: Wir wollen zielgenau und schnell unterstützen, Sorge dafür tragen, dass die breiten Schultern mehr tragen und jetzt in die innere, äußere und soziale Sicherheit von uns allen investieren. Damit uns das gelingt werden wir in den kommenden Haushaltsberatungen weitere Entlastungen auf den Weg bringen.

Die Pandemie ist noch nicht vorbei. Die Infektionszahlen erreichen Tag für Tag neue Höchststände und jeden Tag sterben Menschen, aufgrund einer Corona-Infektion. Um die Gesundheit aller, insbesondere der Risiko-Gruppen weiterhin zu schützen, haben wir das Infektionsschutzgesetz neu gefasst. Durch den Impffortschritt und der gesunkenen Belastung der Krankenhäuser, können wir weitere Lockerungen vornehmen, sind aber vorsichtig genug, sodass die Bundesländer zielgenau reagieren und Maßnahmen ergreifen können, wenn das Infektionsgeschehen so hoch ist wie aktuell. Bis zum 02. April gilt eine Übergangsfrist, in der die Länder die bisherigen Maßnahmen, abgesehen von Kapazitätsbegrenzungen, verlängern können. Ich gehe davon aus, dass die Länder von dieser Regelung Gebrauch machen werden.

Ab dann gilt für besonders sensible Bereiche, wie beispielsweise Krankenhäusern, Pflegeheimen oder Arztpraxen weiterhin die Maskenpflicht. Zusätzlich werden die Testangebote beibehalten. Um ehrlich zu sein: Ich hätte mir gewünscht, dass wir den Instrumentenkasten weiter ausgeweitet hätten und den Ländern auch

die allgemeine Maskenpflicht als Maßnahme gegeben hätten. Leider war dies nach langen Verhandlungen innerhalb der Koalition nicht möglich. Allerdings können alle freiwillig weiterhin Maske tragen, um sich selbst und andere zu schützen.

Wir haben gestern auch in erster Lesung über die allgemeine Impfpflicht gesprochen. Es zeigt sich: Es gibt eine Mehrheit für eine Impfpflicht. Jetzt geht es in den parlamentarischen Verfahren darum, eine gemeinsame Ausgestaltung zu finden. Jede einzelne Impfung führt zur Eindämmung des Infektionsgeschehens, zum Schutz der Risikogruppen und ist ein wichtiger solidarischer Beitrag in unserer Gesellschaft. Wir wollen den Wettlauf gegen das Virus gewinnen, die Grundimmunisierung erreichen und vor die nächste Welle kommen, um im Herbst nicht wieder freiheitseinschränkende Maßnahmen ergreifen zu müssen. Insbesondere die Union ist aufgefordert die Forderungen aus Wirtschaft und Gesellschaft zur Kenntnis zu nehmen und gemeinsam mit uns an einer Lösung zu arbeiten.

Vom 26. bis zum 27. April lade ich anlässlich zum Girls Day eine Schülerin zwischen 16 und 19 Jahren aus meinem Wahlkreis ein nach Berlin zu kommen, um hinter die Kulissen des Bundestags zu blicken. Noch bis 20. März können sich alle Interessierten Schülerinnen per Mail an dagmar.schmidt@bundestag.de bewerben. Anreise und Unterkunft werden selbstverständlich vollständig übernommen. Ich freue mich auf Eure Bewerbungen!

Mit solidarischen Grüßen
Dagmar Schmidt

